

ENTSCHLIESSUNGSAKTRAG

**der Abgeordneten Mag. Martina Künsberg Sarre, Michael Bernhard,
Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend 1,2 Mrd. Euro für die Kinderbetreuung und Rechtsanspruch auf
Nachmittagsbetreuung**

Aufgrund der Kompetenzverteilung des elementaren Bildungswesens in Österreich, welche die Zuständigkeit bei den Ländern sieht, wurde eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern beschlossen, damit der Bund Investitionen tätigt, welche an gewisse Bedingungen für die Länder geknüpft sind. Diese Vereinbarung regelt letztlich den Umgang und die Bedingungen bzw. Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme der Zweckzuschüsse. Zweckzuschüsse stellen zusätzliche finanzielle Mittel dar, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt. Für das Schuljahr 2021/22 sind Zweckzuschüsse in der Höhe von jeweils 142,5 Millionen Euro vereinbart. Wie die Causa rund um den ehemaligen Bundeskanzler Sebastian Kurz zeigt, hätten die Zuschüsse weitaus höher ausfallen sollen. Aus untenstehendem Schriftverkehr zwischen Herrn Schmid und Herrn Kurz aus dem Jahr 2016 geht klar hervor, dass der damalige Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner planten, **1,2 Mrd. Euro für Nachmittagsbetreuung samt Rechtsanspruch** zur Verfügung zu stellen. Doch wie die Akten der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft (WKStA) zeigen, befand Sebastian Kurz diese Entwicklungen für "gar nicht gut!!!". Nicht, weil die Summe nicht angemessen oder dringend notwendig gewesen wäre - der flächendeckende Ausbau der Kinderbetreuung wäre ein großer Erfolg für den Kollegen und Kurz-Rivalen Mitterlehner gewesen und hätte sich negativ auf die Machtergreifung von Sebastian Kurz ausgewirkt. Der Schriftverkehr zeigt auf, dass durch "terrorisieren", "aufhetzen" etc. diese wichtige Investition einfach sabotiert wurde.

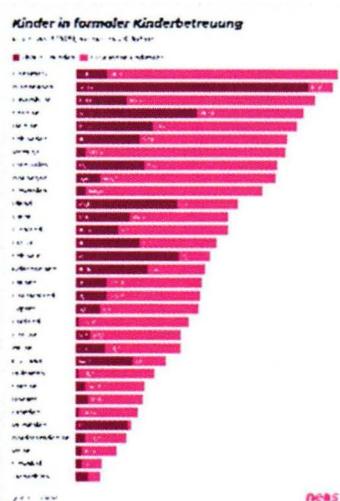
Die vorliegende Chatkommunikation zwischen MMag. SCHMID und KURZ zeigt, dass sich MMag. SCHMID und KURZ sehr vertraut austauschten. So berieten sie sich, wie man auf Verhandlungen von Mag. KERN mit Dr. MITTERLEHNER reagieren solle, wenn sie nicht mit den Plänen von KURZ übereinstimmten. Bei Unzufriedenheit von MMag. SCHMID und KURZ mit dem Vorgehen des damaligen Bundesparteiobmanns Dr. MITTERLEHNER besprachen sie das weitere Vorgehen (zB im Zusammenhang mit Verhandlungen über die Bankenabgabe und Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung Ende Juni 2016) sehr vertraut, was beispielsweise auch Absprachen über parteinternes Vorgehen von KURZ inkludierte.

Beispielhaft werden einige Chats dargestellt:

Fremd-ID	Vorname	Nachname	#	Sender	Inhalt	Datum	Gelesen
MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28368	Kurz	Sebastian	160	Thomas Schmid	Der Anlass ist bereits aufgetreten. Die wollen das am Montag weiter besprechen und entscheiden. (WIE sind das und warum und OÖ Zeitung und Wirtschaftsprüfung und Rechtsanspruch und Verhandlungen Bund/Gemeinden ohne Landesliga Vorsprung)	2016-06-30 10:29:01	True
MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28369	Kurz	Sebastian	161	Thomas Schmid	Wie kann ich das aufheben?	2016-06-30 10:29:44	True
MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28370	Kurz	Sebastian	162	Thomas Schmid	Ich kann keine genaue Weitere und Rückendeckung durch das Land	2016-06-30 10:30:06	True
MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28371	Kurz	Sebastian	163	Thomas Schmid	Ich muss da nicht eintreten.	2016-06-30 10:31:51	True

MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28363	Kurz	Sebastian	iMessage	162	Thomas Schmid	Leider	2016-06-30 18:31:14	True
MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28364	Kurz	Sebastian	iMessage	163	Kurz	Sebastian	Bitte. Kann ich ein Bundesland aufhetzen?	2016-06-30 18:32:06
MSG/AM_MBB_2019-09-08-034829/28365	Kurz	Sebastian	iMessage	164	Thomas Schmid	Das sollten wir - wir schicken deinen Leuten heute auch noch die Infos	2016-06-30 18:34:20	True

Doch wäre eine solche Investition mehr als überfällig gewesen, da es gerade im Bereich der Kinderbetreuung in Österreich massive Defizite gibt. Wie ein Europa-Vergleich zeigt, schneiden nur wenige Staaten schlechter ab, wenn es darum geht, für Eltern von Unter-3-Jährigen ein zumindest 30-stündiges Betreuungsangebot pro Woche anzubieten. Diese Defizite machen es vor allem Frauen schwer, den (Vollzeit-) Berufseinstieg nach der Karenz wieder zu schaffen, sie werden weniger oft befördert, verdienen weniger (Stichwort großer Gender Pay Gap in Österreich) und enden nicht selten in Altersarmut.



Wie schon etliche Studien zeigen, würde der Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen massive Auswirkungen auf das Einkommen von Frauen haben, da diese nach der Geburt aufgrund des Mangels an Kinderbetreuungsplätzen besonders häufig einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen und im weiteren Erwerbsverlauf nur in den seltensten Fällen in eine Vollzeitbeschäftigung wechseln. **Laut Statistik Austria waren im Jahr 2020 ganze 72,8% der Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren mit Kindern unter 15 Jahren teilzeitbeschäftigt** - im Vergleich dazu waren nur 6,9% der Väter in Teilzeitarbeit (vgl. Gender-Statistik, Statistik Austria). Besonders verschärft stellt sich diese Situation für Alleinerziehende dar - ebenfalls zu über 90% Frauen -, sie sind die am stärksten von Armutgefährdung betroffene Gruppe. Aber nicht nur Betreuungsplätze alleine sind Mangelware, auch zu kurze Öffnungszeiten und häufige Schließtage würden Teilzeitarbeit bei Frauen verstärken, meint Ökonomin Köpl-Turyna. **Außerhalb Wiens hat mehr als die Hälfte aller Kinderbetreuungseinrichtungen mehr als fünf Wochen im Jahr geschlossen (51,2 Prozent) – das heißt, dass nicht einmal die Hälfte aller Kinderbetreuungseinrichtungen es Alleinerzieher_innen ermöglichen, erwerbstätig zu sein und keine private Kinderbetreuung organisieren zu müssen.** Auch was die Öffnungszeiten der Kindertagesheime angeht, zeigt sich ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: Knapp die Hälfte der Betreuungseinrichtungen außerhalb Wiens (47,2 Prozent) schließt bereits vor 16 Uhr, fast ein Drittel (rund 32 Prozent) sogar vor 15 Uhr. Knapp die Hälfte der Betreuungseinrichtungen in Österreich hat täglich weniger als acht Stunden geöffnet (vgl. Kindertagesheimstatistik, Statistik Austria).

Während in den Bundesländern mit NEOS Regierungsverantwortung, nämlich Salzburg und Wien, die Kinderbetreuung in den letzten Jahren deutlich ausgebaut wurde und wird - in Wien werden z.B. ab September 2022 die Assistenzstunden in Kindergärten verdoppelt und Sprachförderkräfte aufgestockt -, wurde darüber hinaus der österreichweite Ausbau der Kinderbetreuung durch Altkanzler Sebastian Kurz und sein türkises System aufgrund von Machtinteressen gezielt sabotiert. Die finanziellen Mittel von 1,2 Mrd. Euro für eine flächendeckende Nachmittagsbetreuung inklusive Rechtsanspruch hätte die Möglichkeit geschaffen, all jenen Kindern und Familien Betreuungsplätze zur Verfügung zu stellen, die diese dringend brauchen und in Anspruch nehmen möchten. Dadurch wären Familien und insbesondere Mütter sowie Alleinerziehende massiv entlastet und persönliche Freiheit sowie finanzielle Sicherheit gefördert worden.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

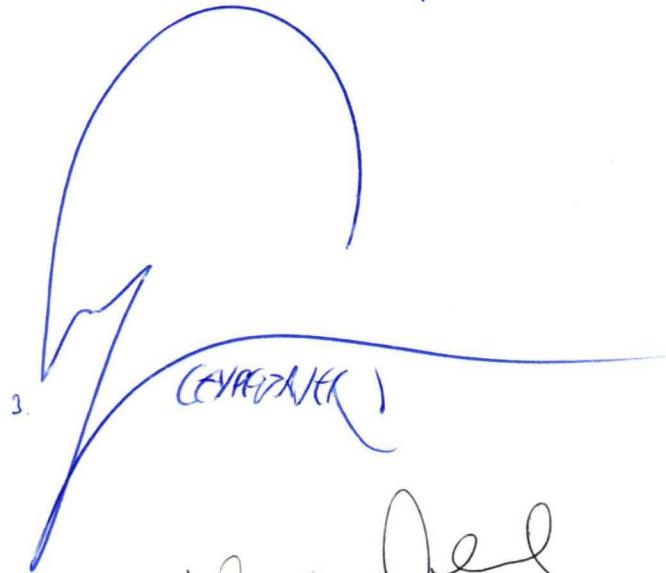
ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

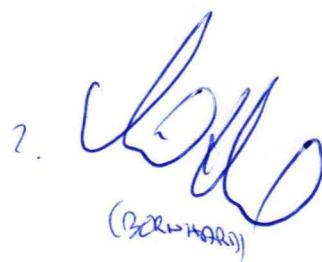
"Die Bundesregierung wird aufgefordert, nachdem die „Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22“ nächsten Sommer ausläuft, in den bevorstehenden Verhandlungen über die Folgevereinbarung sicherzustellen, dass fortan statt 142,6 Mio. Euro die bereits 2016 geplanten 1,2 Mrd. Euro jährlich inklusive Rechtsanspruch auf Nachmittagsbetreuung zur Verfügung gestellt werden."

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Unterrichtsausschuss vorgeschlagen.


Heinz
(SCHMID)


3. Geyrhalter


4. Künigl
(KÜNSTIGL)


2. Wachter
(WACHTER)


5. Beck
(BECK)

